



**Wolfgang Lemb**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**

## **Eröffnung des IG Metall-Verbindungsbüros in Brüssel**

**Brüssel, 8. Juli 2014**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Werte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission,  
sehr geehrter Herr Botschafter Dr. Peruzzo und weitere Anwesende des  
diplomatischen Corps,  
sehr geehrte Gäste,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
auch ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei unseren ehrenamtlichen  
Kolleginnen und Kollegen bedanken, die eben sehr eindrucksvoll ihre Erwartungen  
an Europa aus betriebs- und branchenpolitischer Sicht formuliert haben.

Vieles von dem Gesagten könnte ich nun ausführlich kommentieren. Darauf werde  
ich aber im Interesse von uns allen verzichten. Vielmehr möchte ich einige  
Kernpunkte benennen, die für die Arbeit der IG Metall insgesamt auf europäischer  
Ebene wegweisend sein sollen.

Das Ergebnis der Europawahlen hat eines gezeigt: Das Vertrauen vieler  
Europäerinnen und Europäer in die politischen Entscheidungsträger ist erschüttert.  
Und das nicht nur in der Tschechischen und Slowakischen Republik, wo die  
Wahlbeteiligung unter 20 Prozent gesunken ist. Es gilt speziell auch für viele  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir spüren als IG Metall die Enttäuschungen,  
denn viele unserer Mitglieder haben das Vertrauen verloren, dass Europa ihnen noch  
etwas Gutes tun wird.

Daher brauchen wir ein soziales Europa. Konkret heißt das: Sichere und gute  
Arbeitsplätze, gute Löhne und eine ausreichende Rente. „Arbeit sicher und fair – für  
alle“ lautet unser Kampagnenmotto.

Das gilt für Deutschland. Das gilt aber auch für Europa. Oder, um es mit Willy  
Brandts Worten zu sagen: „Die europäische Integration muss unmittelbar den  
Menschen dienen.“ Falls sie das nicht vermag, wird sie ihre Strahlkraft nicht nur  
verlieren, sondern keinen Bestand haben.

In der letzten Zeit ist es in Brüssel zunehmend üblich geworden, Positionspapiere zu  
streuen und zu verteilen. Oder sogenannte Strategiepapiere, die nicht vielmehr sind

als vage Meinungsbekundungen, zu „leaken“, wie man spätestens seit Wikileaks sagt. Da machen wir als IG Metall nicht mit. Wir wollen wirkliche Beteiligung. Und dies werden wir in Zukunft noch deutlicher als in der Vergangenheit sehr präzise, aber auch offen für die Diskussionen einfordern.

Hier und heute, anlässlich der Eröffnung unseres Verbindungsbüros, will ich im Folgenden einen 7-Punkte-Katalog unserer europapolitischen Forderungen präsentieren, um ihnen in dieser Hinsicht klaren Wein einzuschenken (den wir ihnen im Anschluss auch tatsächlich anbieten – und zwar aus dem Burgenland).

Die EU hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter zu einer reinen Wettbewerbsunion entwickelt, die sich einseitig auf den gemeinsamen Markt konzentriert. Das soziale Europa gerät dabei unter die Räder. Immer wieder hören wir von den Apologeten des freien Marktes, dass der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz ein „red tape“, also Verwaltungsbürokratie ist.

Ich finde es in diesem Kontext skandalös, dass die sogenannte „Stoiber-Kommission“ vor allem den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz als „unverhältnismäßige Bürde“ für die Unternehmer ausgemacht hat. Eine solche Sichtweise auf die Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben werden wir niemals akzeptieren. Und ich fordere die anwesenden Vertreter unserer Sozialpartner auf, dies ebenfalls nicht zu akzeptieren.

Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und ökonomischer Unsicherheit sind die sozialen Sicherungssysteme gefordert. Dafür sind sie da. Aber was gemacht wird ist paradox. Gerade hier wird überproportional gekürzt. Entsprechend nimmt die soziale Spaltung zu. Knapp 123 Millionen Menschen sind in Europa von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Das ist fast jeder vierte Europäer!

Die Obdachlosenzahlen in Griechenland sind explodiert. 800.000 Griechen sind mittlerweile ohne Gesundheitsversorgung. In Spanien besetzen Menschen ihre Häuser, die jetzt den Banken gehören, die ihnen die faulen Kredite verkauft haben. Die kleinen Geschäfte um die Ecke müssen schließen, weil sie keine Kredite

bekommen oder die Kundschaft ausbleibt und die Bohrmaschine eben nicht mehr gekauft wird.

Die Wirtschaftsunion zu einer sozialen Union zu machen, können wir nur gemeinsam schaffen. Jeder an seiner Stelle. Die Abgeordneten des Europaparlaments, die Mitarbeiter in Kommission und Rat und nicht zuletzt die Sozialpartner.

Ich lade Sie heute dazu ein, gemeinsam einen neuen Anfang zu wagen.

Ich sage aber auch: Wenn Sie unseren Appell nicht ernst nehmen und einfach so weiter machen, wird der Stern Europas weiter sinken und niemand wird das mehr aufhalten können.

Zweifelsohne ist das dringlichste Problem die prekäre Situation der Jugend. Jeder Einzelne von uns muss sich vor Augen führen, dass rund 75 Millionen Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 25 Jahre alt sind. Für diese 75 Millionen steht zu viel auf dem Spiel.

Europaweit sind etwa vierzehn Millionen junge Menschen weder in Beschäftigung noch in schulischer oder betrieblicher Ausbildung. Wenn sie Arbeit finden, dann viel zu oft unter prekären Arbeitsbedingungen, z.B. in Dauerbefristungen oder als Leiharbeiter, wobei Prekarität in Europa viele Gesichter hat.

Das sind nicht die Bedingungen, unter denen man ein Haus baut und eine Familie gründet. Dass gut ausgebildete junge Spanier ihre Familien verlassen müssen, um schlecht bezahlt in einer Restaurantküche in Hamburg stehen zu können, kann nicht die Lösung sein, wie uns Einige unter dem Stichwort der Mobilität vermitteln wollen. Das ist nicht die Art der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die wir wollen.

Eine Perspektive für die Jugend in Europa erfordert Qualifizierungsangebote und ein leistungsfähiges System der beruflichen Bildung.

Gute Bildung und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsangebote sind aber die Voraussetzung für gute Arbeit. Arbeitsplätze schaffen wir in Europa nur durch Investitionen und einer anderen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Investitionen, das kann nur heißen, Investitionen für nachhaltiges Wachstum. Wie diese Investitionen aussehen sollten, dazu haben die Gewerkschaften konkrete Vorschläge gemacht. Unter dem Titel „Ein neuer Weg für Europa“ hat der EGB - ich blicke zu Bernadette Ségol - ein integriertes und kohärentes Konzept vorgelegt.

Vorgeschlagen wird ein Investitionsziel von jährlich zwei Prozent des BIP der EU über einen Zeitraum von zehn Jahren. Ein solch ambitionierter Investitionsplan könnte bis zu elf Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen.

Vorgesehen sind europaweite Projekte, die in Abstimmung mit nationalen Investitionsprojekten entwickelt werden. Insbesondere solche mit positiven Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur würden zusätzlich private Investitionen generieren und weit reichende Modernisierungsmaßnahmen fördern.

Das Alles dient dem Aufbau von guten öffentlichen Dienstleistungen, gut funktionierenden Sozialsystemen, innovativen Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie nicht zuletzt einer starken industriellen Basis.

Zugegeben, dafür ist eine Menge Geld nötig. Aber zur Rettung des Finanzsektors wurden 1 Billion Euro ausgegeben. Genauso viel, 1 Billion Euro, gehen jedes Jahr durch Steuerflucht und Steuerbetrug verloren. Die notwendigen Ressourcen hat Europa also. Was wir brauchen, ist der politische Wille umzusteuern.

Als Industriegewerkschaft wissen wir: Die industrielle Substanz macht Volkswirtschaften stark. Wenn sie verloren geht, ist sie entweder für immer weg oder die Kosten für eine Re-Industrialisierung sind so immens, dass nur mehrere Generationen dies schultern können. Ich weiß wovon ich spreche.

Ich habe selbst die brutale De-Industrialisierung im Osten Deutschlands erlebt und weiß deshalb, welche immensen politischen Anstrengungen und Finanztransfers für eine Re-Industrialisierung erforderlich sind.

Wir haben in den vergangenen Jahren einen dramatischen Rückgang der industriellen Beschäftigung in Europa erleben müssen. Im Vergleich mit Ländern, die

in der Vergangenheit auf Finanzdienstleistungen, statt auf industrielle Entwicklung gesetzt haben, können wir aber sagen, dass die Industrie in Deutschland der Stabilitätsanker der letzten Jahre war und damit meine ich ausdrücklich auch die deutsche Sozialpartnerschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der Industrie.

Für uns als IG Metall sind Industrie, Umwelt und ressourcenschonende Energieversorgung keine Gegensätze. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die IG Metall dezidiert für eine wirksame Klimaschutzpolitik eintritt und die Energiewende für ganz Europa befürwortet.

Wir müssen immer im Blick behalten, dass eine an der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit orientierte Industriepolitik nicht ohne eine neue Energiepolitik und die Energiewende gelingt. Hier steht das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz derzeit im Fokus – auch mit Blick auf die Auseinandersetzungen mit der Kommission.

Wir fühlen uns durch ein Urteil des EuGH aus der vorigen Woche bestätigt und gehen davon aus, dass das Gesetz auch gegen Bedenken der Kommission Bestand haben wird. Egal, wie unzufrieden Brüssel sein mag. Hier hat das letzte Wort Luxemburg.

Die IG Metall wird die Entscheidungsträger nach Kräften dabei unterstützen, den europäischen Emissionshandel so auszugestalten, dass er klima- und industriepolitisch erfolgreich ist. Dass er die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärkt und dass er gleichzeitig Anreize für eine weltweite Implementierung schafft.

Die Schaffung einer nachhaltigen Industrie kann jedoch nur gelingen, wenn wir gleichzeitig die Finanzmärkte grundlegend reformieren und ihre Lobbyisten in die Schranken weisen. Ihr Einfluss auf die europäische Gesetzgebung ist unerträglich und ein Skandal. Und wir werden nicht müde, dieses zu thematisieren und klar zu benennen. Die Aufgabe der Banken muss in erster Linie sein, die Realwirtschaft mit Investitionskapital zu versorgen. Apropos Investitionen. Unser erster Vorsitzender Detlef Wetzels hat sich eingangs zu TTIP positioniert. Dem bleibt nichts hinzuzufügen. Freihandel zu Lasten von Arbeitnehmerrechten darf es nicht geben. Wenn

Handelsabkommen nicht der Maßgabe folgen, dass Handel dem Wohle der Menschen dienen muss und nicht der Unternehmen, dann dürfen sie im Europäischen Parlament keine Chance haben.

Wachstum und Beschäftigung muss immer auch Gute Arbeit bedeuten. Das verlangt zwingend eine Neuordnung des europäischen Arbeitsmarktes. Tarifvertraglich gestaltete Arbeitsverhältnisse müssen geschützt und gefördert werden und Prekarität zurück gedrängt werden. Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort muss der Grundsatz sein. Nichts anderes ist aus Sicht der IG Metall akzeptabel.

Zu oft wird europäische Politik in Hinterzimmern der nationalen Regierungen und der EU-Institutionen gestaltet. Ich bin sicher, dass mir die anwesenden Abgeordneten zustimmen werden, wenn ich sage, dass das Europäische Parlament zu einem echten Parlament mit allen dazugehörigen Rechten werden muss. Insbesondere dem Recht eigene Gesetzesinitiativen zu beraten und zu beschließen.

Als Hoffnungsschimmer werten wir als IG Metall die Ernennung von Jean-Claude Juncker zum Kandidaten des Kommissionspräsidenten. Da geht eine Machtverschiebung vom Rat zum Parlament vorstatten und das befürworten wir.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch das neue wirtschaftspolitische Führungsmodell „European Economic Governance“. Insbesondere durch das Europäische Semester, den Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie den Fiskalpakt werden die Rechte der Parlamente, national wie europäisch, eingeschränkt. Die EU greift hier in Politikfelder ein, die ureigene Angelegenheiten der Sozialpartner sind.

Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie sind elementare Bestandteile dieses europäischen Sozialmodells. Und ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass die IG Metall nicht tatenlos dabei zusehen wird, wenn sie angegriffen werden. Das nehmen wir nicht hin. Offen spricht etwa die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen von [Zitat] „beschäftigungsfreundlichen Reformen“, womit sie u.a. die „Dezentralisierung des Tarifvertragssystems“, eine „Reduzierung der Tarifbindung“

sowie die „allgemeine Reduzierung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften“ meint.

Wer die Autonomie der Tarifpartner in dieser Weise missachtet und zerstört, bringt Europa in große Gefahr. Das, was wir in einigen der sogenannten Krisenländer erlebt haben, ist nicht nur eine Unterhöhnung der dortigen Flächentarifsysteme, sondern ein Angriff auf die Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, Beteiligung, Mitbestimmung und Demokratie in der EU dürfen nicht vor den Werkstoren enden. Die Mitbestimmung ist der Grundpfeiler unseres Verständnisses eines demokratischen Europas.

Ohne die Montanmitbestimmung hätte es keine Zustimmung der deutschen Gewerkschaften für ein vereintes Europa gegeben. Und auf der Grundlage von Mitbestimmung wurde z.B. die Kurzarbeit verhandelt, die in Deutschland ein entscheidendes Instrument für die Entschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Beschäftigten war.

Für uns gilt: Die Grundlagen für eine Beteiligung von Beschäftigten müssen auf europäischer Ebene sowohl in der Praxis wie auch rechtlich ausgebaut werden. Wir fordern daher stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreter und ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene für die Eurobetriebsräte und SE-Betriebsräte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, in diesem 7-Punkte-Plan sind die Kernforderungen der IG Metall für ein soziales Europa. Das geben wir stellvertretend für unsere 2,3 Millionen Mitglieder der IG Metall mit auf den Weg in die neue Legislaturperiode und hoffen in dieser Zielsetzung auf ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank für Ihre und Eure Aufmerksamkeit – wir freuen uns nun auf weitere anregende Gespräche bei einem Glas Wein und kleinen Häppchen draußen im Foyer. Hierzu lade ich Sie im Namen des gesamten Vorstandes der IG Metall recht herzlich ein.